

"Nordische Kandidaten: draussen vor der Tür" dans Vision

Quelle: Vision. Das europäische Wirtschaftsmagazin. Hrsg. COVILLE, Christine; GORDEVITCH, Igor; NORALL, Frank; COLSON, Jean ; Herausgeber HEYMANN, Philippe. 15.04.1971, n° 5. Genf: SEPEG.

Urheberrecht: (c) SEPEG

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"nordische_kandidaten_draussen_vor_der_tur"_dans_vision-de-0520ab80-d121-4beb-a590-2f7a10e296c2.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 16/09/2012

Nordische Kandidaten: Draussen vor der Tür

In Brüssel heissen sie gemeinsam die nordischen Kandidaten. Aber jedes der drei Länder hat eigene Ansichten in der Beitrittsfrage. In Dänemark sind Bauern und Regierung dafür, Verbraucher und Industrie dagegen. In Norwegen möchten Industrielle und Reeder mitmachen, Bauern und Fischer haben Sorgen. Schweden segelt zwischen dem Sozialismus auf der linken und dem Neutralismus auf der rechten Seite. Drei Beobachter stellen einmütig fest : die Gemeinschaft wird bei den Verhandlungen nicht festsetzen können, was als "europäisch" gelten soll und was nicht.

Der Titel dieses Beitrags stellt fast eine bewusste Irreführung dar. Die Skandinavier leben nicht in Nordeuropa, auch nicht in den nordischen Staaten, sie leben (jedenfalls, wenn es um den EWG-Beitritt geht) in Skandinavien. Genau wie der Durchschnittseuropäer für ein solides Smorgasbord braucht die Gemeinschaft zur Bewältigung des skandinavischen Verhandlungsbrockens deshalb einen guten Magen. Dazu Standfestigkeit, sobald auch noch der finnische Wodka ins Spiel kommt. Er steht dem russischen Lebenswasser an balancestörender Wirkung in nichts nach. Was übrigens die Skandinavier selbst am besten wissen.

Die beiden sichersten Kandidaten, Norwegen (einziger Partner mit direkter Grenze zur UdSSR) und Dänemark (mit seinen Ostseeschleusen), bringen der EWG genausoviel zusätzliche Einwohner, Arbeitskräfte und Verbraucher ein wie Belgien (9 Millionen). Alle drei Länder haben einen relativ hohen Lebensstandard, lange parlamentarisch-demokratische Traditionen und ein hochentwickeltes Gefühl für soziale Gerechtigkeit. Diese Faktoren erzeugen ebenso schwierige Anpassungsprobleme wie etwa Norwegens Sonderstellung in der Landwirtschaft und der Seefischerei.

Um die skandinavische Haltung zur Beitrittsfrage zu verdeutlichen, gibt VISION hier drei Top-Journalisten das Wort : Kaare Toeftkaer Jensen von Kopenhagens *Politiken*, Halle Jörn Hanssen vom *Norwegischen Rundfunk* und Daniel Viklund von Stockholms *Dagens Nyheter*.

In einem Punkt stimmen die drei Beobachter völlig überein : wenn die Gemeinschaft Europa erweitern will, muss sie die Vorstellung aufgeben, sie könne festsetzen, was "europäisch" ist und was nicht.

Dänemark: Alleingang unmöglich

Dänemark, so lautet eine Binsenweisheit, lebt von seiner Landwirtschaft. Aber diese Weisheit ist längst in die Binsen gegangen. Denn landwirtschaftliche Produkte machen nur noch 9 Prozent des Bruttosozialproduktes aus (in Frankreich 6, in Italien 11 Prozent). Von den 3,3 Milliarden Dollar Exporten des Vorjahrs entfielen nur noch ein Viertel auf landwirtschaftliche, zwei Drittel aber auf Industrie-Produkte.

Dänemark wurde zum Industriestaat, weil der bisherige Ausschluss von der EWG Verluste an Agrarexporten verursachte, die der EFTA-Markt nicht ersetzen konnte. Zu diesem Zweck mussten jedoch Investitionsgüter und Rohstoffe eingeführt werden, die 1970 ein Handelsbilanzdefizit von 1,1 Milliarden Dollar hinterliessen und das Loch in der Zahlungsbilanz auf 525 Millionen vergrösserten.

Mitgliedschaft in der EWG würde bedeuten, dass zwei Drittel der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, die jetzt auf den Weltmarkt exportiert werden, plötzlich zu Gemeinschaftspreisen verkauft werden könnten. Das wäre ein Gewinn von 400 Millionen Dollar pro Jahr oder von 1 000 Dollar pro Jahr und Bauer (10 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft), selbst bei Wegfall der staatlichen Subventionen.

Bauern und Regierung bilden deshalb auch die enthusiastischsten Anhänger des Beitritts, während die Verbraucher sich mit dem Gedanken an 12prozentige Erhöhungen der Nahrungsmittelpreise weniger gut befreunden können. Auch die Industrie zögert eher mit Beifall: 50 Prozent ihrer Exporte gehen in die EFTA, nur 20 Prozent in die EWG. Noch ist unklar, ob grössere Umsätze im Gemeinsamen Markt den erschwerten Wettbewerb in der Freihandelszone ausgleichen können werden.

Die nordischen Bande sind wirtschaftlicher und politischer Natur. Schweden, Norwegen und Finnland nehmen 35 Prozent der dänischen Industrie-Exporte auf, Schweden allein zwei Drittel davon. Die beiden kleinen Länder fürchten daher mit gewissem Recht, sich zumindest zu Beginn zwischen die Stühle von Brüssel und Stockholm zu setzen und durch den Anschluss an die Sechsergemeinschaft von Schweden noch gründlicher getrennt zu werden als jetzt schon durch ihre Beteiligung an der Nato.

Da in Dänemark im Herbst Wahlen bevorstehen, ist ein Gutteil der Argumente gegen den EWG-Beitritt für den Hausgebrauch bestimmt. Die junge Generation liebäugelt eher mit nordischem "Sozialismus" als mit mitteleuropäischem "Kapitalismus". Dazu kommt in Ländern mit urwüchsiger Tradition natürlich auch eine gewisse Scheu vor technokratischem Supranationalismus und vor dem deutschen Wirtschaftskoloss.

Mehrheit mit Schönheitsfehlern. Teilweise werden solche Befürchtungen sogar von offizieller Seite gehegt. Da die Grundstückspreise in Dänemark nur halb so hoch sind wie in der Bundesrepublik, sieht die Regierung im Augenblick des Beitritts schon eine Armee von deutschen Siedlern über die Grenze stürmen und das EWG-Recht auf freie Standortwahl beanspruchen. Dänemark möchte dieses Recht daher für die Dauer der Übergangszeit ausgesetzt wissen - so lange, bis die höheren Agrarpreise voll in Kraft getreten sind und dänische Bauern ihren Boden teurer verkaufen können. Auch die Frage der im Vergleich zu den anderen Ländern Europas sehr viel höheren Verbrauchssteuern auf Tabak und Alkohol bedarf langfristiger Regelung.

Trotzdem befürwortet in Dänemark, anders als in England und Norwegen, eine solide Mehrheit der Bevölkerung den EWG-Beitritt. Bei der letzten Umfrage stimmten 54 Prozent mit Ja, 15 Prozent mit Nein, 31 Prozent waren unentschieden.

Allerdings: Sollten die Verhandlungen Brüssels mit England und Norwegen scheitern, wäre ein Alleingang für Dänemark praktisch unmöglich. Jedenfalls würde eine eventuelle Vereinbarung kaum die Zustimmung des Folketing (des Parlaments) finden. Die dänische Verfassung sieht für die Übertragung von Hoheitsrechten auf bestimmten Gebieten eine Fünftel-Mehrheit vor, und die Sozialdemokraten würden einem Beitritt ohne England niemals beipflichten. Auf dem linken Flügel der Partei und bei der linksradikalen Sozialistischen Volkspartei besteht sogar die Neigung, den norwegischen und schwedischen Beitritt zur absoluten Vorbedingung zu machen. Der endgültige Entscheid wird wohl erst nach den Wahlen fallen. Und bisher sieht es so aus, als ob Dänemark dann wieder eine sozialdemokratische Minderheitsregierung haben wird.

K.T.J.

Norwegen: Zwei Seelen in der Brust

Die norwegischen Beitrittsverhandlungen begannen mit einem Paukenschlag. Während die Unterhändler des Landes in Brüssel ihr Angebot auf den Tisch legten, nutzte der Regierungschef den gemeinsamen Flug von Oslo nach Kopenhagen zu einem freundschaftlichen Gespräch mit einem der führenden Anti-Marketeers Norwegens. Leider blieb es nicht bei diesem Gedankenaustausch zwischen sehr ähnlich gesinnten Politikern. Ministerpräsident Borten liess sich dazu hinreissen, dem Gesprächspartner ein vertrauliches Dossier über die erste Stellungnahme der Kommission zum norwegischen Angebot zu zeigen, in dem die Beitrittschancen in ziemlich düsteren Farben gemalt wurden. Die Indiskretion gelangte in die Presse. Den Oppositionsparteien schien das Gesamtproblem zu gravierend, um über den vergleichsweise geringfügigen Anlass hinwegzusehen. Borten musste gehen, er hoffte, es werde auch ohne ihn weitergehen".

Dem Sturz der bürgerlichen Koalitionsregierung war jedoch im März ein bemerkenswerter Stimmungsumschwung im Lande parallel gegangen. Während noch im Herbst 1970 die Öffentlichkeit überwiegend zum Beitritt tendierte, war zu Beginn dieses Jahres der Anteil der Ja-Stimmen auf 15 Prozent gesunken, ebensoviele Befragte waren für den Abbruch der Verhandlungen, 26 Prozent für lose Assoziierung, 41 Prozent unentschieden.

Auf der parlamentarischen Ebene liegen die Dinge anders. Bortens Zentrumspartei verfügte nur über 20 von

150 Sitzen im Storting (dem Parlament), die Sozialdemokraten des neuen Regierungschefs Trygve Bratelli jedoch über 74. Er und seine Partei sind überdies ebenso überzeugt pro Beitritt eingestellt wie die Konservativen (29 Sitze), die meisten Liberalen (13) und mit Einschränkungen auch die Christliche Volkspartei (14).

Damit sind die Voraussetzungen der in der Verfassung vorgesehenen Dreiviertel-Mehrheit für die Übertragung von Hoheitsrechten gegeben. Man darf ferner annehmen, dass es Bratelli gelingen wird, die öffentliche Meinung mit den parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen wieder in Übereinstimmung zu bringen. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg des Volksentscheids über das Brüsseler Verhandlungsergebnis, der nach der Verfassung der parlamentarischen Ratifizierung vorausgehen muss (allerdings nur konsultativen Charakter trägt).

Bauern und Fischer sind skeptisch. Obwohl nur 6,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft und beim Fischfang beschäftigt sind (nur 2,7 Prozent der Oberfläche des Landes sind zur Zeit anbaufähig !), würde eine Entvölkerung des Nordens infolge der wirtschaftlichen Umstände des Beitritts das Land doch hart treffen. Hier besteht für Norwegen ein echtes Risiko. Die Bauern des Landes leben unter ungewöhnlich harten äusseren, aber auch überdurchschnittlich guten finanziellen Bedingungen. Die Beibehaltung der jetzigen Subventionspolitik für die Landwirtschaft wäre der Regierung innerhalb der EWG weder juristisch noch wirtschaftlich länger möglich. Deshalb haben die Bauernverbände vorsorglich ein hartes Veto gegen nachteilige Folgen des Beitritts eingelegt.

Die Haltung der Fischer wird von anderen Gesichtspunkten bestimmt. Zwar käme die EWG-Mitgliedschaft zweifellos ihren Verkäufen zugute, aber ihre hauptsächlichen Fanggebiete ständen theoretisch plötzlich auch allen anderen Fischfangnationen der Gemeinschaft offen und wären wahrscheinlich stärker als bisher technischen Umweltgefährdungen ausgesetzt. Deshalb dringen sie auf entsprechende Sonderregelungen in dem Beitrittsabkommen.

Industrie und Werften: Lieber heute als morgen. Im Gegensatz zu den Bauern und Fischern kann es den Industriellen des Landes (vor allem in der Aluminium-, Papier- und Ölbranche) mit dem Beitritt nicht schnell genug gehen. Auch Werften und Reeder möchten sich durch unverzüglichen Anschluss an die EWG die Vorteile einer gemeinsamen Verkehrspolitik von vornherein sichern.

Auch Sicherheitsüberlegungen spielen in die Beitrittsfrage hinein. Die zahlreichen Vorstösse der sowjetischen Marine in den Nordatlantik und die Risiken eines eventuellen Rückzugs der USA aus Europa zählen als Gründe für die Mitgliedschaft. Die möglicherweise nachteiligen Folgen für die bisherige Einkommens- und Sozialpolitik (Norwegen hat fast das gleiche Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung wie Deutschland) werden als Gegenargumente angeführt.

Wiederum werden die Ölfunde vor der norwegischen Küste, die in wenigen Jahren eine rentable Produktion möglich machen sollen, als Anreiz für die EWG betrachtet, Norwegen eher zu seinen als zu ihren Bedingungen aufzunehmen. Das Volumen dieser Funde einerseits und die Kosten der Erschliessung andererseits werden allerdings in Brüssel und Oslo durch verschiedene Brillen betrachtet.

Abgesehen von diesen nur für Norwegen selbst geltenden Überlegungen wird natürlich auch der Ausgang der schwedischen und britischen Verhandlungen ein entscheidender Faktor für den Beitrittsentschluss sein. Kommt mit den beiden anderen Ländern eine rasche und faire Vereinbarung in Brüssel zustande, dürfte es leicht sein, 113 Ja-Stimmen im Storting zu erhalten. Sollten sich die Verhandlungen jedoch bis zur Wahl eines neuen Parlaments im Herbst 1973 hinziehen, sind die Aussichten auf norwegische Mitgliedschaft in der EWG minimal.

H.J.H.

Schweden: De Gaulle hatte doch recht

Für Schweden stehen in der Frage, ob und wie es sich um den Beitritt zur EWG bewerben soll, mehrere

Dinge auf dem Spiel. Erstens geht es um die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen eines engeren Verhältnisses zum gemeinsamen Markt, speziell um die Neutralitätsposition. Zweitens um den Ausgang der Verhandlungen mit Grossbritannien, die als praktischer und psychologischer Masstab für entsprechende eigene Anstrengungen gelten. Drittens um die Zukunft der bisherigen Zusammenarbeit der nordischen Staaten, in der das Land den Schwerpunkt bildet.

Wirtschaft wird grossgeschrieben. Daher betrachten führende Wirtschaftler, Exporteure und Politiker des Landes das Beitrittsproblem eher als Frage nach dem Wie als nach dem Was, obwohl sie wissen, dass 70 Prozent aller schwedischen Exporte in einem auf 10 Mitglieder vergrösserten Markt verbleiben würden.

Die meisten Schweden würden also den Gemeinschaftsmarkt am liebsten so schreiben: eWg. Bezüglich der Präambel der Römischen Verträge, wo von der politischen Föderation die Rede ist, empfinden sie dagegen eher wie Charles de Gaulle als wie Jean Monnet.

Politische Föderation undenkbar. Natürlich hat die schwedische Neutralitätspolitik, obwohl sie durch massive eigene Verteidigungslasten glaubhaft gemacht wird, heute nicht mehr die gleiche Bedeutung wie zur Zeit ihrer Proklamation. Aber sie hat das Land sicher durch zwei Weltkriege geführt, und sie garantiert innerhalb der skandinavischen Region eine Stabilität, die auch der Nato kaum zuwider sein dürfte.

Mit Norwegen, Dänemark und Finnland teilt Schweden einen gemeinsamen freizügigen Arbeitsmarkt und kompletten Freihandel. Beide Liberalisierungsmassnahmen haben genügt, um eine wirtschaftliche Interdependenz zwischen ihnen zu erzeugen, wie sie Nordeuropa früher nie gekannt hat - trotz seiner vielen sonstigen jahrhundertealten Traditionen. Es wäre kaum einzusehen, warum und wie diese regionale Kooperation in einem erweiterten Europa aufgegeben werden soll.

Was schliesslich den britischen Beitritt betrifft, so beobachtet man in Stockholm das künftige Schicksal des Inselmarktes ebenso aufmerksam wie die eigentliche Brüsseler Verhandlungsprozedur, ihre konkreten Umstände und ihr eventuelles Resultat.

Historisch gesehen, war die schwedische Haltung in der Beitrittsfrage stets reserviert. Das Gesuch von 1962 enthielt drei gravierende Neutralitätsvorbehalte. De Gaulles anti-englisches Veto im Januar 1963 brachte die Dinge vollständig zum Stillstand. 1967 bahnte sich im beginnenden Prozess der Entspannungspolitik erstmals eine leicht veränderte Einstellung an.

Damals tauchte das Wort Mitgliedschaft im schwedischen Vokabular für Brüssel auf, obwohl das Angebot verstärkter Zusammenarbeit mit der EWG weiterhin an die Respektierung der Neutralität geknüpft wurde. De Gaulles zweites Veto verhinderte jedoch die Eröffnung echter Verhandlungen. Erst Ende 1970 wurde das Angebot von 1967 wiederholt. Insbesondere wurde um Erläuterungen von Seiten der Kommission zur Möglichkeit einer Zollunion, einer gemeinsamen Agrarpolitik und der Mitgliedschaft in der Montanunion ersucht.

Obwohl dieses Ersuchen weit über entsprechende Schritte vieler anderer EFTA-Länder hinausreicht, dürfte es kaum einem Verhandlungstest unterzogen werden, bevor der britische Beitritt perfekt ist, und bei dessen Scheitern wohl zurückgezogen werden. Die Haltung Ministerpräsident Palmes war in der Vergangenheit stets ausserordentlich schwankend und stark von der jeweiligen innenpolitischen Lage abhängig. Die Wahlen vom September 1970 hatten den Sozialdemokraten Verluste eingebracht und Palmes Stellung geschwächt.

Neutralismus auf dem rechten Flügel. Das gab den Anti-EWG-Strömungen innerhalb der extrem linken Jugendgruppen ebenso Auftrieb wie den Vertretern konservativer Neutralitätspolitik auf dem rechten Flügel der Sozialdemokraten, vor allem Finanzminister Gunnar Sträng. Erstere sind zahlenmässig schwach, jedoch von Bedeutung für das innere Gleichgewicht der Regierungspartei. Ihr Traumziel ist der Export des schwedischen Modells in die ganze Welt; die EWG gilt dagegen als Hort der Reaktion.

Ernstzunehmender ist der Konservatismus rechts von der Mitte, den auch die nichtsozialistischen Parteien

teilen. Sie fürchten den Verlust von Souveränitätsrechten in der Finanz-, Wirtschafts- und Währungspolitik, die Sozialdemokraten dagegen einen Brüsseler Dämpfer für ihre Sozialpolitik, insbesondere bei rascher Verwirklichung der Währungsunion. Aussenpolitische Konsultationen, wie sie im Davignon-Bericht skizziert werden, stehen zur Zeit ausserhalb jeder Debatte.

Stockholm und die schwedischen Bürger haben sich noch keine einheitliche Meinung in der Beitrittsfrage gebildet. Eins sollte man in Brüssel jedoch wissen. Für den Fall, dass Schweden sich an den Verhandlungstisch setzt, erwartet die Gemeinschaft offensichtlich, dass die Neutralitätspolitik zur Diskussion und schliesslich auch zur Verhandlung steht. Das politische Klima im Lande der Mitternachtssonne setzt jedoch vorläufig noch immer voraus, dass auch die Römischen Verträge prinzipiell verhandelbar sind. Zwischen diesen beiden Polen wird die Konferenz also mehr als einen Sommer tanzen müssen. Bis zum endgültigen britischen Beitritt wird es nach Palmes letzter Erklärung nicht zu echten Verhandlungen über mehr als lose Assoziierung kommen.

D.V.